

A1

Antrag

Initiator*innen: erweiterter Landesvorstand (dort beschlossen am: 01.02.2025)

Titel: **Positionspapier der BUNDjugend Bayern zur
Zukunft des Waldes in Bayern**

Antragstext

1 **Einleitung** Die Wälder Bayerns stehen vor gewaltigen Herausforderungen. Der
2 Waldzustandsbericht 2024 zeigt alarmierende Entwicklungen: Die Auswirkungen des
3 Klimawandels, Monokulturen, intensive
4 Holznutzung und ein unzureichender Schutz der Biodiversität setzen dem Wald
massiv zu. Die Novellierung des Bundeswaldgesetzes bringt zwar einige
Verbesserungen, geht jedoch nicht weit genug, um die
Wälder als Lebensraum, Klimaschutzfaktor und Erholungsgebiet für künftige
Generationen zu erhalten. Die BUNDjugend Bayern fordert daher eine ambitionierte
und naturnahe Waldpolitik, die auf
konsequenten Schutz, naturnahe Bewirtschaftung und einen echten Systemwandel
setzt.

Zentrale Forderungen

a) Naturnahe Waldentwicklung und Klimaschutz

- Verpflichtende naturnahe Waldbewirtschaftung mit einem Mindestanteil von 50 % heimischen Laubbäumen bei Neu- und Wiederaufforstungen.
- Schutz von mindestens 10 % der Staatswaldflächen als Naturwälder ohne forstliche Nutzung.
- Verbot von Kahlschlägen Ausnahmen in Bezug auf den Ausbau der erneuerbare Energien sind möglich.

- 10
- Aktiver Schutz des Waldbodens vor Verdichtung und Erosion durch bodenschonende Bewirtschaftungsmethoden.

11 **b) Biodiversität und Lebensraum Wald**

- 12
- Verbot der Entwässerung von Waldböden zur Sicherung des Wasserhaushalts.
- 13
- Stärkere Berücksichtigung von seltenen und heimischen Arten bei Aufforstungen.
- 14
- Ausbau und konsequente Durchführung von Totholz- und Biotopbaumkonzepten für naturnahe Waldbewirtschaftung.
- 15
- Wald als Lebensraum für Wildtiere erhalten: Jagdpraktiken an natürliche Waldverjüngung anpassen.

16 **c) Nachhaltige Forstwirtschaft und Ressourcennutzung**

- 17
- Einschränkung der Nutzung von Holz für industrielle Energieproduktion.
- 18
- Verpflichtung zur nachhaltigen Zertifizierung für staatliche und kommunale Wälder.
- 19
- Einführung eines einheitlichen und länderübergreifenden Monitoring-Systems zur Waldgesundheit.
- 20
- Langfristige Anpassung der Forstwirtschaft an klimatische Veränderungen.

21 **d) Schutz vor wirtschaftlicher und politischer Ausbeutung**

- 22
- Keine Privatisierung von öffentlichen Wäldern.
- 23
- Klare gesetzliche Vorgaben zum Waldbrandschutz und zur Wiederbewaldung.
- 24
- Verbesserung der finanziellen Förderung für Waldbesitzer, die auf naturnahe Bewirtschaftung setzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.